

II-1501 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

24.5.1968

656/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 681/J

des Bundesministers für Bauten und Technik Dr. K o t z i n a
auf die Anfrage der Abgeordneten C z e t t e l und Genossen,
betreffend Vollzug des Bundesfinanzgesetzes 1967 unter Bedachtnahme auf
das 4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967.

-.--.-

Auf die Anfrage, welche die Abgeordneten Czettel und Genossen in der
Sitzung des Nationalrates am 19. April 1968 betreffend Bundesfinanzgesetz
1967 unter Bedachtnahme des 4. Budgetüberschreitungs-gesetzes an mich ge-
richtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Die an mich gerichteten Fragen wollen der beiliegenden Tabelle ent-
nommen werden.

-.--.-

Die konkreten Fragen lauteten:

1) Welche einzeln anzuführenden Ausgabenansätze waren durch die Rück-
stellung eines einheitlichen Hundertsatzes gemäß Art. II Abs. 3 des Bundes-
finanzgesetzes 1967 betroffen?

2) Mit welchem Hundertsatz und wann sind diese Bindungen verfügt
worden?

3) Auf welche verfügbare Höhe verminderten sich schon die betroffenen
Ausgabenansätze?

4) Ist das Ressort bei der Ermittlung der (dem Bundesministerium für
Finanzen bekanntgegebenen und später in die Regierungsvorlage über das
4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967 aufgenommenen) Überschreibungsbeträge
von der vollen Höhe der Ausgabenansätze (unter Berücksichtigung des 1. bis
3. Budgetüberschreitungs-gesetzes 1967) oder von ihrer um die Bindungen
verminderten Höhe ausgegangen?

5) Hinsichtlich welcher zu überschreitenden Ausgabenansätze (wobei
der Betrag der Überschreitung anzugeben ist) und hinsichtlich welcher zur
Bedeckung dieser Überschreitungen herangezogenen Ausgabenansätze (wobei
der zur Bedeckung herangezogene Betrag anzugeben ist) sind die Bestimmungen
des Art. III Abs. 5 lit. b bis d des Bundesfinanzgesetzes 1967

a) vor dem Inkrafttreten des 4. Budgetüberschreitungs-gesetzes 1967
und

b) nach dessen Inkrafttreten
angewendet worden?

-.--.-

Beantwortung der Anfrage

der Abgeordneten Czettel, Dipl.Ing. Oskar Weihs und Genossen
betreffend den Vollzug des Bundesfinanzgesetzes 1967 unter
Bedachtnahme auf das 4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967:

Ausgabenansätze des Bundesfinanzgesetzes 1967 zu deren Überschreitung das Ressort durch das 4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967 ermächtigt wurde:		Kredit laut Bundesfinanzgesetz 1967	Fragen 1 und 2 Einheitliche Rück- stellung von 1 % gem. Art II Abs 3 BFGes.1967 1)	Frage 3 Verfügbarer Kredit	
Ansatz	Ansatzbezeichnung	S c h i l l i n g			
1/64176	Techn. Versuchswesen; Förderungsausgaben	7,200.000	72.000	7,128.000	1) Gem. Art II Abs 3 des Bundesfinanz- gesetzes 1967 sind von der Rück- stellung eines ein- heitlichen Hundert- satzes, welche nur bei den sachlichen Ermessensausgaben der ordentlichen Gebahrung anzuwen- den ist, u.a. aus- genommen: der Auf- wand für Reisege- bühren und sonstige Aufwandsentschädi- gungen, für Amts- erfordernisse - Entschädigungen an Personen und für Werkverträge
64401	Bundesstrombauamt; Verwaltungsaufwand	4,107.000	10.200	4,096.800	
64403	- " - : Anlagen	170.000	1.700	168.300	
64501	Dienststellen der BGV; Verwaltungsaufwand	20,150.000	116.100	20,033.900	
5/64613	Liegenschaftsankäufe für Schulen	45,000.000	-	45,000.000	
5/64753	Sonst. Bundesgebäude: Aufholbedarf	4,000.000	-	4,000.000	
1/64758	- " - : lauf. Instandhaltung	139,400.000	1,394.000	138,006.000	
5/64813	Neubauten: Schulen der Unterrichtsverwaltung	315,000.000	-	315,000.000	
1/64901	Eichwesen: Verwaltungsaufwand	2,355.000	17.600	2,337.400	
64908	- " - : Aufwandskredite	3,200.000	9.600	3,190.400	
64911	Vermessungswesen: Verwaltungsaufwand	7,800.000	65.000	7,735.000	
64918	- " - : Aufwandskredite	21,410.000	114.100	21,295.900	

zu Frage 2 : Die einheitlichen Rückstellungen in Höhe von 1 % wurden auf Grund § 3 (2) des 3. Budgetüberschreitungs-gesetzes 1967 mit ho. Zl. 22.323-Präs.III/67 am 16. Nov. 1967 verfügt, nachdem sie bereits am 26. Juni 1967 mit ho. Zl. 18.121-Präs.III/67 vorangekündigt worden waren.

Frage 4 : Da die 1 %igen Rückstellungen durch Vorankündigung des BM.f. Finanzen (Schreiben vom 10. Juli 1967, Zl. 110.381-I/67) bereits im Juli 1967 bekannt waren, wurden die für das 4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967 beantragten Kreditüber-schreitungen auf Basis der gekürzten Kredite verrechnet.

Frage 5 : Überschreitungs-bewilligungen des Bundesministeriums für Finanzen gem. Art III (5) des Bundesfinanzgesetzes 1967 wurden für die angeführten finanzgesetzlichen Ansätze nicht gegeben. Auch wurden diese Ansätze für die Bedeckung solcher Überschreitungs-bewilligungen nicht herangezogen.